

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 22. Februar 1974

Blatt 349

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Neues Wiener Memorandum an Bundesregierung
überreicht

Lokal:

Pierre Cardin in Hetzendorf

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Kulturdienst:

Prof. Richard Odnoposoff - 60. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Wiener Landtag
=====

Wien, 22. 2. (RK) Unter dem Vorsitz von Präsidentin Maria Hlawka (SPÖ) befaßte sich der Wiener Landtag mit zwei Gesetzen: einer Änderung der Besoldungsordnung und dem Ölfeuerungsgesetz. ÖVP und FPÖ hatten je eine Anfrage eingebracht, die ÖVP einen Antrag auf Vereinheitlichung der Steuertermine.

Erhöhung der Anfangsbezüge

Die Änderung der Besoldungsordnung, die von Stadtrat Heller (SPÖ) vorgelegt wurde, betrifft vor allem eine Erhöhung der Anfangsbezüge: Die Bezüge in den Gehaltsstufen 1 und 2 werden auf die Höhe der Gehaltsstufe 3 angehoben. Dazu kommen eine Reihe von Verbesserungen für Kindergärtnerinnen, Horterzieher, Säuglingspflegerinnen und die Feuerwehr. Die Gesamtkosten betragen 21 Millionen Schilling, wovon 16,4 Millionen auf die Erhöhung der Anfangsbezüge entfallen.

Wie Stadtrat Heller ausführte, sind die Anfangsbezüge im Gemeindedienst hinter denen der Privatwirtschaft zurückgeblieben. Um den nötigen Nachwuchs zu sichern, wird nun die Angleichung durchgeführt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

Ölfeuerungsgesetz

Der von Stadtrat Heller (SPÖ) vorgelegte Gesetzesentwurf soll ein veraltetes, aus dem Jahre 1934 stammendes Ölfeuerungsgesetz ersetzen. Unter anderem führte Stadtrat Heller aus, daß das neue Gesetz die Lagerung von Heizöl bis 300 Liter - vorausgesetzt, daß entsprechende Sicherungen vorgesehen sind - in Wohnungen oder Kellerabteilungen zuläßt. Die Aufstellung von Ölöfen in Wohnungen, Badezimmern und dergleichen werde von der Anzeigepflicht befreit. Auch die Abschlauchung über Gehsteige und Stiegenhäuser ist zugelassen, sofern entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Ölfeuerungsanlagen auf Baustellen, die nur der Beheizung einzelner Räume oder dem Betrieb von Baustelleneinrichtungen dienen, sind ebenfalls keiner Anzeigepflicht unterworfen.

Abg. Dr. Krasser (ÖVP) begrüßte das neue Gesetz und meinte, daß endlich das mehr als 40 Jahre alte Gesetz das Zeitliche gesegnet habe. Auch die vorgeschlagenen Sicherheitsvorkehrungen, wie zum Beispiel die Aufstellung von Warntafeln und Warnleuchten beim Abschleuchen von Heizöl, begrüßte Krasser.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 22.2. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz teilte nach Eröffnung der Sitzung des Gemeinderates mit, daß fünf Anfragen der FPÖ und drei Anfragen der ÖVP vorliegen. Ferner stellte die SPÖ zwei Anträge: Sie verlangt die Ausweitung des Heimhilfedienstes auf regelmäßige Besuchsdienste und eine finanzielle Unterstützung jener Organisationen, die Wäschedienste einrichten. Die ÖVP beantragte ein Straßenreinigungskonzept und die Anlage einer internationalen Maßstäben gerechten Kunststofflaufbahn in einer repräsentativen Sportanlage der Stadt Wien. Die FPÖ beantragte die Wiederherstellung des Danubius-Brunnens (früher auf der Albrechtsrampe) und den Ausbau der Ausbildungseinrichtungen für Kindergärtnerinnen.

Wohnbau

Vizebürgermeister Hubert Pfösch (SPÖ) beantragte nun die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 15, Nobilegasse 31-35/Flachgasse 36-46 mit 118 Wohnungen und einem Kostenaufwand von 58,9 Millionen Schilling.

Diesen Antrag nahm GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) zum Anlaß, um einige grundsätzliche Fragen des städtischen Wohnbaus aufzuwerfen. Er fragte nach den Modalitäten der Wohnungsvergabe und verlangte, daß Neubauwohnungen primär jenen Menschen zugeteilt werden, die abgesiedelt werden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß besonders ältere Menschen innerhalb ihres Heimatbezirkes wieder angesiedelt werden können. Der Redner forderte außerdem mehr Initiative bei der Einrichtung von Wohnungen, die jungen und älteren Familien ein Zusammenziehen im Wohnverband ermöglichen.

Der Redner setzte sich ferner - angesichts der Kostensteigerungen - für eine stärkere individuelle Einzelhilfe für sozial schwächere Wohnungswerber ein.

Vizebürgermeister Pfösch antwortete zur Frage "Wohnungsvergabe": Grundsätzlich wird durch den Vormerkschein ein Anspruch erworben. Derzeit gibt es 18.600 Vormerkungen, rund 22.000 Fälle mußten, da die Neubaukapazität nicht ausreicht, abgewiesen werden. Die Vergabe erfolgt in der Regel ein Jahr vor Fertigstellung des Wohnhauses.

Bei der Zusammenlegung junger und älterer Familien habe man schon bisher in städtischen Wohnhausanlagen Lösungen gefunden und begrüße auch die Aktivität der Genossenschaften auf diesem Gebiet. Bei dem Großprojekt Trabrennvereinsgründe werde man überdies erstmals eine neuartige flexible Doppelwohneinheiten anbieten können. Die Frage der Notkamere werde durch die bald zu erwartende Bauordnungsnovelle gelöst werden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Debate über Jubiläumshäuser

GR. Rautner (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung eines Sachkredites für Instandsetzungsarbeiten in der städtischen Wohnhausanlage 16, Wernhardtstraße 12-16.

GR. Dr. Dronig (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, zum Problem der Jubiläumshäuser, die sich in unmittelbarer Nähe dieser städtischen Wohnhausanlage befinden, Stellung zu nehmen. Wie er dabei unter anderem ausführte, hätte die Gemeinde Wien die Chance gehabt, diese Häuser zu einem Kaufpreis von 1,7 Millionen Schilling zu erwerben und für weitere sechs Millionen Schilling instandsetzen zu lassen. Ebenso warf er der Stadtverwaltung vor, die ursprünglichen Versprechungen und Zusagen an die Mieter, die nunmehr vor der Delogierung stünden, nicht eingehalten zu haben.

Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) wies diese Vorwürfe energisch zurück und erklärte, daß dieses Grundstück der Gemeinde Wien niemals zu dem genannten Preis angeboten worden sei. Im übrigen habe die ÖVP immer wieder bewiesen, daß sie eine Schutzpartei der Hausherren sei. Ein Beweis dafür sei die ständige Verzögerungstaktik der Volkspartei im Zusammenhang mit der Schaffung eines entsprechenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes.

Abschließend meinte er, bisher sei niemand auf die Straße gesetzt worden und dies werde, obwohl rechtliche Voraussetzungen fehlen, auch in Zukunft nicht geschehen.

GR. Hahn (ÖVP) erklärte, daß sich die ÖVP der Notwendigkeit der Stadterneuerung bewußt sei. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die seiner Meinung nach schlechte Lösung der Frage der Ersatzwohnungen. Ebenso warf er der Gemeinde Wien vor, die von ihr versprochenen Wohnbauvorhaben nicht erfüllt zu haben. Entschieden

verwehrte sich der Redner gegen die von Vizebürgermeister Pfoch erhobenen Anschuldigungen. Die ÖVP habe niemals solche Spekulationsprojekte unterstützt und auch mit Kommerzialrat Babak nichts zu tun.

In seinem Schlußwort warf GR. Rautner der ÖVP vor, den vorliegenden Antrag zum Anlaß genommen zu haben, um eine polemische Debatte zu führen, die mit dem Antrag selbst nichts zu tun gehabt habe.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Kernkraftwerk

Stadtrat Nekula (SPÖ) legte den Antrag vor, Wien möge sich am zweiten österreichischen Kernkraftwerk beteiligen. Das Werk soll 1980/81 in Betrieb gehen. Die Bundesländer haben bisher einen Bedarf von zusammen 820 Megawatt angemeldet, die Verbundgesellschaft beansprucht weitere 500 Megawatt. Wien wird von der Gesamtleistung 160 Megawatt erhalten.

GR. Hoffmann (ÖVP) erinnerte daran, daß die Beteiligung Wiens am ersten Kernkraftwerk abgelehnt worden sei, weil Bandstrombezug die Wirtschaftlichkeit der eigenen Erzeugungsanlagen beeinträchtige. Das müßte auch jetzt gelten. Es sei auch die inzwischen eingetretene Kostendynamik übersehen worden. Der Redner kritisierte die Energieplanung: Wenn ein Engpaß auftrete, sei von einem Energiekonzept wenig zu bemerken. Er wandte sich schließlich gegen jene, die gegen Kernkraftwerke "auf die Barrikaden steigen". Es seien meist die gleichen, die auch gegen kalorische Kraftwerke seien. Was wollen diese Leute eigentlich? Es sei doch nicht anzunehmen, daß sie ins Zeitalter der Petroleumlampen und der Kerzen zurückkehren wollen.

GR. Schreiner (SPÖ) meinte, daß die ganze Entwicklung und der vorliegende Antrag beweisen, wie vorausschauend und klug die Wiener Versorgungsbetriebe die Leistungen erbringen, ohne die die Stadt und ihre Bewohner nicht existieren könnten. Das erwachende Selbstbewußtsein früher ausgebeuteter Völker, die immer größere Nachfrage nach Erdöl und nicht zuletzt die weltweite Spekulation hätten zur sogenannten "Energiekrise" geführt, die in vielen kleinen Staaten zu großen Schwierigkeiten geführt habe. Wir spürten davon kaum etwas. Dabei haben die als Raunzer verschrieenen Wiener sich selbst ein gutes Zeugnis des verantwortungsvollen Verhaltens ausgestellt. Aber entscheidend sei die Leistung der kommunalen Be-

triebe gewesen, Heiz- und Energieunternehmen hätten diese Bewährungsprobe glänzend bestanden. Die langfristige und kluge Planung werde durch die Tatsachen bewiesen: 1970 sei in Simmering der Block 6 mit 110 MW in Betrieb gegangen, 1973 der erste Block in Donaustadt mit 162 MW. Noch heuer folge die Gasturbine Leopoldau mit 100 MW zur Abdeckung der Spitzenlast, 1975 der zweite Block in Donaustadt. Heuer werde mit dem Bau eines 370 MW-Blocks in Simmering begonnen, der bis 1978 fertig sein werde. 1980/81 folge schließlich das Kernkraftwerk. So werde die Versorgung entsprechend dem wachsenden Bedarf gesichert. Dafür sei allerdings auch das nötige Geld erforderlich. Mehr als 1,5 Milliarden müssen heuer investiert werden, mehr als 20 Milliarden in den kommenden zehn Jahren.

Stadtrat Nekula erklärte im Schlußwort, daß bei einer Beteiligung Wiens am ersten Kernkraftwerk, das 1977 in Betrieb gehen werde, bis dahin eine Versorgungslücke in Wien entstanden wäre. Deshalb sei es notwendig gewesen, statt dieser Beteiligung die eigenen Werke zu bauen. Das zweite Kernkraftwerk passe jedoch in das Ausbauprogramm der Wiener E-Werke.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Neue Strompreise

Eine ausführliche und zeitweilig lebhaftere Debatte gab es dann um die neuen Strompreise, die Stadtrat Nekula (SPÖ) beantragte. Er führte aus, daß gerade die Energiekrise der letzten Zeit die Planung und den Ausbau der Stromanlagen Wiens bestätigt habe. Auch in Zukunft sei der notwendige Ausbau zu ~~sichern~~ zu sichern. Die Stromstörung am 17. Jänner habe gezeigt, daß eine Stadt ohne Strom nicht leben könne, und da die Preissteigerungen der letzten Zeit bei der Primärenergie bzw. auf dem Lohnsektor stark spürbar geworden seien, müßten entsprechende Maßnahmen getroffen werden - und zwar für die gesamte Elektrizitätswirtschaft Österreichs. Im Oktober des Vorjahres seien daher von allen Gesellschaften Preisanträge gestellt worden, von den Wiener E-Werken auf eine Erhöhung von 15,48 Prozent. Nach langwierigen Verhandlungen habe das Handelsministerium schließlich 12,7 Prozent ab 1. Februar 1974 genehmigt.

Der Haushaltsstrom in Wien wurde daher um acht Groschen pro Kilowatt teurer. Was den Nachtstrom angehe, gäbe es in Wien den kleinsten Preis in Österreich. Sieben Prozent der Wiener Haushalte würden bereits mit Nachtstrom geheizt, das entspreche etwa 40 Prozent aller österreichischen Nachtstromanlagen. Die aus der Preiserhöhung resultierenden Mehrerträge würden nominal für heuer 369 Millionen Schilling ausmachen, würden jedoch deshalb nicht erreicht, weil 30 Millionen durch den Ausfall des Jänner wegfielen und 85 Millionen Mehrkosten für den Strom der Verbundgesellschaft von den E-Werken selbst getragen werden müßten. Die tatsächlichen Mehreinnahmen lägen daher bei 254 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) erklärte, die Tariferhöhungen treten früher als befürchtet ein, man müßte aber die Preiserhöhung genau prüfen und dazu bedürfe man mehr Unterlagen und Berechnungen, als zur Verfügung stünden. Vor allem eine Kosten- und Ertragsanalyse müßte dem Gemeinderat vorliegen, dann würde möglicherweise das Ausmaß der Preiserhöhung nicht so groß sein. Denn die Erträge der E-Werke in den letzten Jahren seien gestiegen. Daß gerade der Nachtstrom um 20 Prozent teurer werde, sei im Hinblick auf diese umweltfreundliche Heizmöglichkeit bedauerlich. Dies habe auch der Arbeiterkammertag festgestellt. Bauer schlug abschließend vor, den Preisantrag an den zuständigen Ausschuß noch einmal zurückzuweisen.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) beschäftigte sich ausführlich mit den Folgen der Erhöhung öffentlicher Tarife für die Gesamtwirtschaft. Zwischen 1970 und 1974 sei nun der Strom um 38,1 Prozent, der Nachtstrom sogar um 62 Prozent im Preis gestiegen. Hauptnutznießer sei dabei der Finanzminister, der von der nun beantragten Preiserhöhung 31 Millionen Schilling an steuerlichem Mehrerlös allein aus Wien ziehe.

Ammann warf dann Bürgermeister Gratz vor, er habe im November des Vorjahres ein unverantwortliches Versprechen gegeben, als er erklärte, es würde etwa ein Jahr lang in Wien keine Tariferhöhungen geben, ausgenommen, die Primärenergie würde exorbitant teurer werden.

Bereits vier Wochen vorher hätten die E-Werke jedoch den Preisantrag im Ministerium deponiert, bei dem die Erhöhung der Ölpreise noch nicht berücksichtigt worden sei. Daraus folgere, daß die nächste Preiserhöhung gleichsam vor der Tür stehe. Der Debattenredner stellte namens der ÖVP den Antrag, dem E-Werk die Gebrauchsgebühr - heuer rund 81 Millionen Schilling - zu erlassen und diesen Betrag zu verwenden, um auf die Erhöhung des Nachtstromes - etwa 30 Millionen Schilling - zu verzichten und den Rest zur Abgeltung der höheren Preise den Beziehern von Mindestpensionen zugute kommen zu lassen.

GR. Hirsch (SPÖ) erklärte zunächst, trotz des Stromausfalles am 17. Jänner wisse man, daß die Vorsorge für solche Fälle ausreichend sei. Er verstehe nicht, wie man den Wirtschaftsplan der Stadtwerke habe zustimmen können und jetzt den Preisantrag ablehne, obwohl dadurch ja die Mittel für die Investitionen gesichert würden. Die ÖVP sei zwiespältig: sie habe den Preisanträgen der anderen Landesgesellschaften zugestimmt, während sie in Wien billiger Effekthascherei wegen ablehne. Die geringe Glaubwürdigkeit dieser Partei habe sich bei den letzten Oktoberwahlen in Wien ja gezeigt.

GR. Dkfm. Wöber (ÖVP) replizierte, sein Vorredner habe von der Glaubwürdigkeit der ÖVP und nicht von der des Bürgermeisters Gratz gesprochen. Seit die SPÖ die Regierung stelle, stiegen in Österreich die Preise, und der Hinweis auf das Ausland sei dabei nur ein geringer Trost. Die Mehrwertsteuer habe dabei einen zusätzlichen Auftrieb bewirkt. Seine Partei anerkenne, daß für die Sicherung der Stromversorgung und die notwendigen Investitionen Maßnahmen nötig seien, doch müsse dabei auch die gesamte Wirtschaftslage berücksichtigt werden. Vom April 1970 bis zum Jänner 1974 seien die Lebenshaltungskosten in Österreich um nicht weniger als 27,7 Prozent gestiegen. Da gerade der Energiepreis den Index antreibe, habe seine Fraktion schon in der letzten Gemeinderatssitzung beantragt, die Stadt möge sich bemühen, daß der Finanzminister die Mehrwertsteuer bei Strom von acht auf vier Prozent senke. Die Mehrwertsteuer habe überdies, wie dem letzten Amtsblatt des Finanzministeriums zu entnehmen sei, erheblich höhere Einnahmen erbracht, als seinerzeit behauptet worden sei. Dies beweise, daß ein Satz von 15 Prozent genug gewesen wäre.

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Nekula, die Debatte habe große Wellen geschlagen, und obwohl eigentlich alle für die Investitionen der E-Werke seien, sei man gegen die korrespondierenden Preisanträge. Trotz ihrer Gewinne könnten die E-Werke heuer zunächst Investitionen von 278 Millionen Schilling nicht tätigen. In den sechs Landesgesellschaften, die von der ÖVP geführt würden, seien die Preiserhöhungen voll ausgeschöpft. Was den Nachtstrom angehe, so habe er 1970, als exorbitante Preiserhöhungen bei Kohle und Koks zu verzeichnen gewesen seien, einen ähnlichen Aufschrei wie heute von der ÖVP vermißt. Die durchschnittliche Preiserhöhung von 12,7 Prozent sei ein Kompromiß, dem die Interessenvertretungen zugestimmt hätten. Die Mehrwertsteuer schließlich sei keine sozialistische Erfindung. Der frühere ÖVP-Finanzminister habe während der Verhandlungen einen Sonder-rabatt für Strom und Verkehr abgelehnt. Schließlich seien es ausgerechnet Innsbruck und Klagenfurt, in denen die größte Preiserhöhung beim Strom nun verwirklicht werde. ("Aber Innsbruck hat mit 54 Groschen für den Haushaltsstrom gegenüber 78 Groschen in Wien den billigsten Strom", rief GR. Hahn, ÖVP). Keine Preiserhöhung sei populär, schloß Nekula. Doch es wäre auch nicht populär, die Mehrbedürfnisse der Bevölkerung nicht zu erfüllen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Antrag der ÖVP wurde entsprechend der Empfehlung des Berichterstatters abgelehnt.

Veränderung des Stipendienwerkes

GR. Gawlik (SPÖ) stellte den Antrag, die zehn Jahre alten Richtlinien für das Stipendienwerk der Bundeshauptstadt den geänderten Verhältnissen anzupassen.

Als einziger Debattenredner begrüßte GR. Prof. Bittner (ÖVP) die Vorlage, vor allem deshalb, weil der Antrag schon im Oktober des Vorjahres vorgelegen ist und daher gründlich behandelt wurde. Bittner meinte, daß mit dieser Vorlage ein Instrument geschaffen wurde, das den Wiener Kindern die Möglichkeit einer echten Studienförderung bietet.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Hallenstadion

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es wegen der von Gemeinderat Brosch (SPÖ) beantragten Sachkrediterhöhung für das Hallenstadion um 74,9 Millionen Schilling auf 145 Millionen Schilling. Dieser Antrag wurde nach ausführlicher Debatte nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Brosch wies darauf hin, daß die Sachkrediterhöhung etwa zur Hälfte durch die Baukostensteigerung und zur Hälfte durch eine zusätzliche aufwendige technische Ausstattung notwendig wurde.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stieß sich nicht nur an den Mehrkosten, sondern stellte die Notwendigkeit einer derart großen Zuschauerhalle überhaupt in Frage. Was fehle, seien mehrere kleine Hallen für die aktive Sportausübung. Das Hallenstadion in der Engerthstraße müsse sich auch nachteilig auf die Frequenz der Stadthalle auswirken. Hirnschall: "Eine Fehlleitung von Sportmitteln, die im Interesse der sporttreibenden Bevölkerung besser eingesetzt werden könnten."

GR. Prof. Zörner (ÖVP) kritisierte mit scharfen Worten, daß bei dem Akt nach Passieren zweier Ausschüsse und des Stadtsenats Veränderungen innerhalb des Gesamtbetrages von 36,4 Millionen Schilling für technische Mehraufwendungen vorgenommen worden seien. Dies gehe eindeutig aus der Auswechslung einer Beilage hervor. Zörner, der dieses Vorgehen als eine Mißachtung des Gemeinderates und des Stadtsenates bezeichnete, stellte den Antrag, die Beschlußfassung über das Geschäftsstück auszusetzen und das Kontrollamt mit der Überprüfung zu befassen.

GR. Bednar (SPÖ) erklärte eindeutig, daß hier keine Manipulation vorgenommen wurde, sondern ein Abrechnungsfehler unterlaufen sei. An der Gesamtsumme habe sich ja nichts geändert, es gab lediglich eine Verschiebung in Einzelbeträgen. Keineswegs bestehe Anlaß zu einer politischen Aufschaukelung der Frage.

Der Redner räumte ein, daß die Kostenerhöhung auf der Berechnungsbasis 1974 exorbitant hoch sei. Zu berücksichtigen seien jedoch auch die Mehrleistungen für Beleuchtung, Straßenbau und Grünland in der Umgebung des Stadions und Aufwendungen für schwierige Fundamentierungsarbeiten (Schwemmgrund).

Bei der Einrichtung für Farbfernsehübertragungen habe man ausdrücklich den Anregungen des Fernsehens im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit Rechnung getragen. Im übrigen sei das Hallenstadion nicht nur eine Wiener Angelegenheit, sondern eine große Leistung für den österreichischen Spitzensport.

GR. Prof. Zörner forderte in einer neuerlichen Wortmeldung die SPÖ auf, dem Antrag auf Überprüfung durch das Kontrollamt zuzustimmen. Wenn alles geklärt sei, werde die ÖVP gerne der Kostenerhöhung zustimmen.

Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ) bezeichnete das Vorgehen der ÖVP als einen Versuch, Verwirrung zu stiften. Wie es zu der Veränderung der Einzelposten innerhalb des Gesamtbetrages 36,4 Millionen Schilling für elektrotechnische und sonstige Einrichtungen gekommen sei, könne der Stadtbaudirektor ohne weiteres erklären. Eine Überprüfung sei jederzeit möglich.

GR. Brosch wies im Schlußwort auf die vielfältigen Möglichkeiten der Mehrzwecksporthalle hin und meinte, schon allein deshalb könne sie die Stadthalle nicht konkurrenzieren. Er empfahl die Ablehnung des ÖVP-Gegenantrages.

Der Gegenantrag der ÖVP auf Absetzung des Geschäftsstückes fand nur die Zustimmung von ÖVP und FPÖ und war damit abgelehnt.

Stiftung einer Otto Glöckel-Medaille

Den einstimmigen Beschluß, eine Otto Glöckel-Medaille zu stiften, faßte der Gemeinderat über Antrag von Vizebürgermeister Hubert Pfösch (SPÖ). Die in Bronze hergestellte Medaille kann an Personen verliehen werden, die sich durch außerordentliche Leistungen auf pädagogischem Gebiet Verdienste um die Stadt Wien und um die Jugend der Stadt erworben haben.

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) würdigte in ihrem Debattenbeitrag das bedeutsame Wirken des großen Pädagogen und Schulreformers Otto Glöckel.

Elf Millionen Schilling für Festwochen

GR. Ascherl (SPÖ) stellte den Antrag, dem "Verein Wiener Festwochen" elf Millionen Schilling für die Wiener Festwochen zur Verfügung zu stellen.

Die Wiener Festwochen, die heuer vom 25. Mai bis 23. Juni durchgeführt werden, wurden jährlich von mehr als einer Million Menschen besucht.

Neben den Gastspielen internationaler Künstler, Musik- und Kulturveranstaltungen, werden heuer in den Bezirken die Veranstaltungen verstärkt und zwar durch Großkonzerte und Konzerte von Gastarbeiterkapellen.

Als Debattenredner erklärte GR. Wiesinger (SPÖ), daß niemand die Wiener Festwochen ernstlich in Frage stellt. Selbst die Bundestheater haben eingesehen, daß die Wiener Festwochen einfach zu unserer Stadt gehören. Es ist das größte großstädtische Festival der Welt.

Es ist daher nur recht und billig, daß die Stadt Wien einen Beitrag von elf Millionen Schilling leistet, obwohl der Bund nur 4,2 Millionen und andere Institutionen nur eine Million zuschießen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

neues wiener memorandum an bundesregierung ueberreicht

16 wien, 22.2. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat freitag nachmittag bundeskanzler dr. bruno k r e i s k y ein neues wiener memorandum uebergeben. darin sind die forderungen und wuensche des bundeslaendes wien an den bund enthalten. das memorandum wird in der naechsten sitzung des wiener stadtsenates am kommenden dienstag den mitgliedern vorgelegt werden.

1547

L o k a l :

=====

pierre cardin in hetzendorf

12 wien, 22.2. (rk) der prominente pariser couturier pierre cardin besuchte freitag im rahmen seines wien-aufenthalts die modeschule der stadt wien. im namen des buergermeister begruessete stadtschulratspraesident dr. hermann schnell den modeschoepfer und ueberreichte ihm als geschenk eine silberplatte mit dem wappen von wien. cardin - betont schlicht gekleidet - zeigte sich begeistert von der schule (eine aehnliche einrichtung gibt es in frankreich nicht) und von den arbeiten der schuelerinnen. unter anderem fuehrte man ihm die vorbereitungs-klasse, die entwuerfe fuer halstuecher zeichnete, den strickraum und die modeklasse vor.

nach der besichtigung der schule wurden im vorfuehrraum kreationen der modeschuelerinnen gezeigt. cardin interessierte sich besonders fuer einen gruen-roten overall mit dazu passender jacke aus loden und zwei originellen taschen. besonderen beifall des publikums fanden die abendkleider des couturiers, der damen- und herrenmodelle seiner kollektion zeigte. darauf folgte ein 'sit-in'. cardin diskutierte mit den schuelerinnen der modeschule hetzendorf ueber seine kreationen: er bevorzuge es, die frauen feminin zu kleiden, wie sein frauenideal ueberhaupt schlank und weiblich sei. bei den entwuerfen einer kollektion denke er nie daran, ob sie gut verkauft werden koennte. zuerst muesse ein modeschoepfer kreativ sein, dann erst duerfe er seine kollektion fuer den verkauf vereinfachen. bei seinen entwuerfe bevorzuge er derzeit geschlitzte kleider mit baendern.

1440

l o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:
hetzendorfer strasse gesperrt

2 wien, 22.2. (rk) die hetzendorfer strasse wird ab montag kommender woche zwischen kaulbachstrasse und kernstrasse fuer etwa sechs monate fuer jeden verkehr, also auch fuer die strassenbahn (siehe unsere gestrige meldung) gesperrt. die ursachen sind kanal- und strassenbauarbeiten. die umleitung richtung stadtauswaerts fuehrt auf der route strohberggasse-schloeglgasse-schoenbrunnerallee-stranzenbergbruecke wieder zur hetzendorfer strasse. in der gegenrichtung wird die route stranzenbergbruecke-fasangartengasse-graf seilern-gasse-edelsinnstrasse empfohlen.

0908